

# Konjunktur in Deutschland

## Gesamtwirtschaftliche Lage

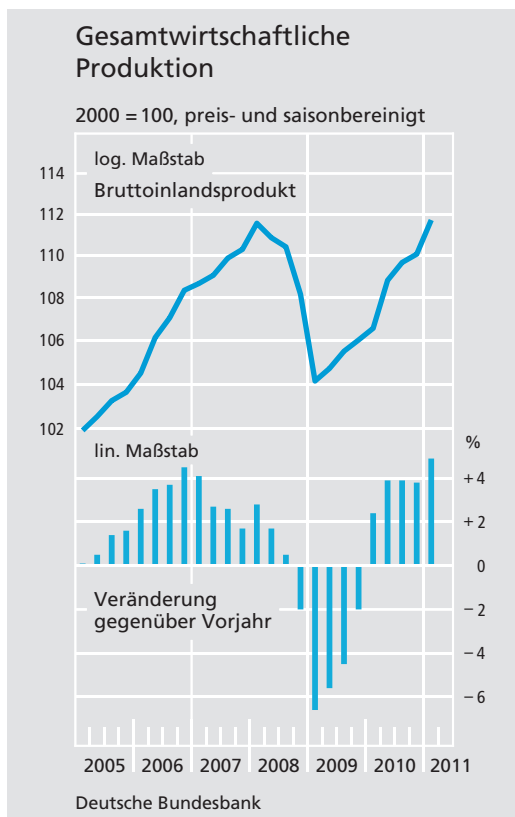
---

Die deutsche Wirtschaft ist nach dem Jahreswechsel 2010/2011 sehr kräftig gewachsen. Der ersten Berechnung des Statistischen Bundesamtes zufolge betrug der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im ersten Vierteljahr 2011 saison- und kalenderbereinigt 1,5 % gegenüber dem Vorquartal, in dem die gesamtwirtschaftliche Erzeugung wegen des kalten und schneereichen Winterwetters im Dezember mit 0,4 % nur moderat zugenommen hatte. Die Produktionsausweitung wurde im Berichtszeitraum von Nachholeffekten spürbar beeinflusst. Aus diesem Grund überzeichnet die BIP-Quartalsrate die konjunkturelle Grundtendenz erheblich. Gleichwohl ist der konjunkturelle Fortschritt unverkennbar. Der massive Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in den zurückliegenden zwei Jahren vollständig wettgemacht, wobei zwei Drittel der Aufwärtsbewegung auf den vergangenen 12-Monatsabschnitt entfallen. Die Vorjahrsrate des BIP belief sich im ersten Quartal 2011 kalenderbereinigt auf 4,9 %.

*Sehr kräftiges  
Wachstum der  
deutschen Wirtschaft  
im ersten  
Quartal 2011*

Der von der globalen wirtschaftlichen Erholung ausgelöste Aufschwung in Deutschland hat sich inzwischen über die unmittelbar betroffenen Branchen auf die gesamte Volkswirtschaft ausgebreitet. Wenngleich die Auslandsnachfrage über das vergangene Winterhalbjahr betrachtet etwas an Schwung verloren hat, stellt das insgesamt freundliche weltwirtschaftliche Umfeld weiterhin die Basis für die Zuversicht der heimischen Unternehmen dar. Aus der Tatsache, dass die In-

*Zunehmend  
ausgewogenes  
Nachfrageprofil*



vestitions- und Beschäftigungspläne in vielen Branchen angesichts normal ausgelasteter Produktionskapazitäten auf Expansion ausgerichtet sind, entstehen zunehmend darüber hinausreichende Impulse. Die ausgesprochen gute Verfassung des Arbeitsmarktes begünstigt im Verein mit der Aussicht auf spürbare Verdienstzuwächse die Neigung der privaten Haushalte, größere Anschaffungen zu tätigen. Davon profitieren der private Konsum und der Wohnungsbau, zumal die Finanzierungsbedingungen vorteilhaft sind.

Im Export hatte sich nach dem Jahreswechsel 2010/2011 – saisonbereinigt betrachtet – die eher verhaltene Tendenz der Vormonate zunächst fortgesetzt, ehe es im März zu einem sprunghaften Anstieg gekommen ist. Der Gesamtwert der Warenausfuhren lag im Durch-

schnitt des ersten Vierteljahres saisonbereinigt um 4 % über dem Vorquartal. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen haben die Lieferungen an das Ausland etwa halb so stark zugelegt. Die Grundlagen für die Aufwärtstendenz sind weiter intakt, da die Konjunktur in wichtigen Absatzmärkten nach wie vor schwungvoll ist.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2011 vermeldete wieder das China-Geschäft den stärksten Zuwachs. Überdies nahm der Wert der in den USA abgesetzten Waren stärker zu als in den drei Vorquartalen. Unter den europäischen Handelspartnern wiesen erneut die östlichen Nachbarn die stärkste Zunahme auf, wobei das kräftige Exportplus nach Russland nach dem Jahreswechsel im Zusammenhang mit dem schwachen Ergebnis vom Herbst 2010 zu sehen ist.

Bei den Importen war die Diskrepanz zwischen nominaler und realer Entwicklung noch ausgeprägter als bei den Exporten. Für eine real wohl nur wenig erhöhte Wareneinfuhr mussten saisonbereinigt 5 ½ % mehr als im Vorquartal aufgewendet werden, da es hier zuletzt ganz erhebliche Preissteigerungen gegeben hatte. Unter diesen Umständen wurde vor allem weniger Energie eingeführt. Die Unternehmen hielten sich auch mit der Beschaffung anderer Waren von ausländischen Herstellern zurück. Die Terms-of-Trade-Verschlechterung war der wesentliche Grund dafür, dass der Außenhandelsüberschuss im Winter 2011 saisonbereinigt niedriger ausfiel als in den beiden Vorquartalen.

*Importe unter dem Eindruck starker Preissteigerungen kaum verändert*

*Aufwärtstendenz bei Exporten weiter intakt*

## Warengruppen mit zentraler Bedeutung japanischer Anbieter im deutschen Importsortiment \*)

Ergebnisse für das Jahr 2010

Warengruppe	Anteil Japans an den Gesamt- importen in %	nachrichtlich: Einfuhren in Mio €	
		aus Japan	insgesamt
Optische und fotografische Instrumente und Geräte	37,2	1 282	3 443
Büromaschinen	32,8	2 317	7 069
Maschinen für sonstige Wirtschaftszweige (u. a. Maschinen zur Herstellung elektronischer Bauelemente)	17,0	976	5 753
Sonstige elektrische Ausrüstungen und Geräte (u. a. LED/LCD-Anzeigen)	16,9	818	4 836
Mess-, Kontroll- und Navigationsinstrumente und -vorrichtungen	10,1	1 160	11 464
Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebs Elemente	9,5	525	5 507
Hydraulische und pneumatische Systeme sowie sonstige Pumpen und Kompressoren	9,1	720	7 878
Geräte der Unterhaltungselektronik	7,2	727	10 090
Elektronische Bauelemente	6,7	1 555	23 356
Sonstige chemische Erzeugnisse	6,6	650	9 867
Kraftwagen und -motoren, Kraftträder	3,4	1 357	40 154
Teile und Zubehör für Kraftwagen	3,0	861	28 276
Datenverarbeitungsgeräte und periphere Geräte	2,8	665	23 363
Alle Waren	2,7	22 065	806 163

\* Einfuhrvolumen von mehr als 500 Mio € aus Japan.

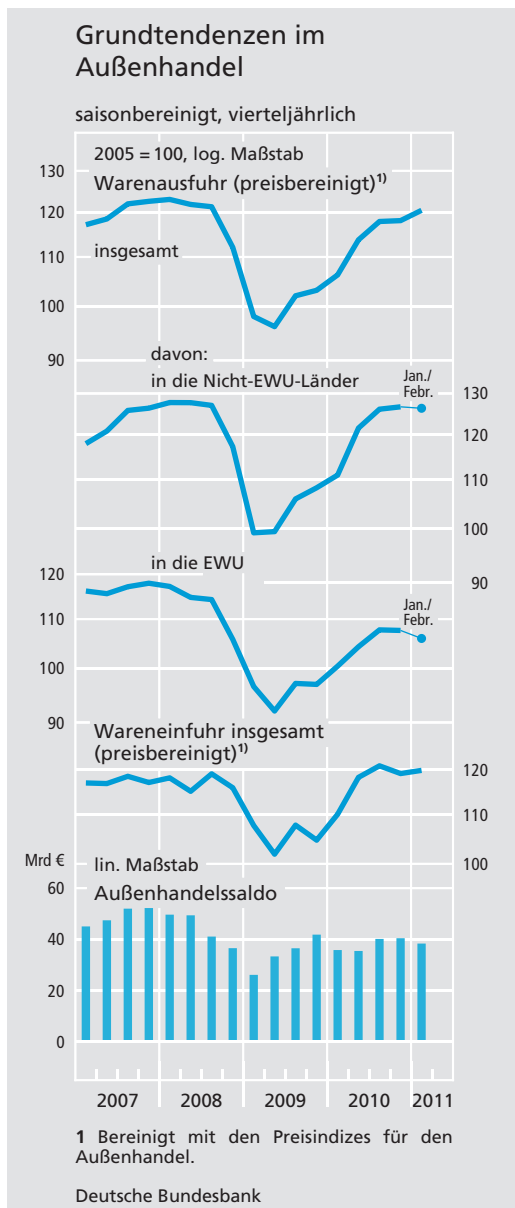
Deutsche Bundesbank

*Tragische Ereignisse in Japan vermutlich mit geringen Wirkungen auf die deutsche Konjunktur*

Die tragischen Ereignisse in Japan, die seit März dort zu weitreichenden Produktionsausfällen führen, dürften den Wachstumsprozess hierzulande nicht nennenswert beeinflussen. Der geringe Anteil Japans an den Exporten und Importen der deutschen Wirtschaft ist hierfür aber nicht das ausschlaggebende Argument. Ob beispielsweise mit Blick auf die deutschen Importe aus Japan Lieferengpässe die heimische Wertschöpfung beeinträchtigen, hängt nicht nur vom Ausmaß der bilateralen Handelsbeziehungen ab. Angesichts der Tatsache, dass Japan sehr stark mit dem gesamten ostasiatischen Raum verflochten ist und dieser für die deutschen Wareneinfuhren inzwischen eine bedeutende Größenordnung angenommen hat, könnte für sich genommen ein größerer Schaden über indirekte Wirkungen entstehen. Stockungen

im internationalen Produktionsverbund sind allerdings nur dann wahrscheinlich, wenn die japanischen Anbieter bei komplexen Vor- und Zwischenprodukten – wie möglicherweise einigen elektronischen Bauelementen – eine zentrale Stellung auf dem Weltmarkt einnehmen und gleichzeitig nicht in der Lage sind, die Zulieferung über andere als die derzeit durch Erdbeben, Tsunami oder Stromknappheit lahmgelegten Werke sicherzustellen. Hierfür gibt es momentan allerdings wenig Anhaltspunkte.

Die Sortimentsstruktur der japanischen Exporte nach Deutschland verdeutlicht außerdem, dass neben dem Kfz-Bereich eine Spezialisierung besonders bei elektrischen Ausrüstungen und Geräten sowie optischen und fotografischen Instrumenten vorliegt. Hierbei



handelt es sich überwiegend um Investitions- oder höherwertige Konsumgüter, deren Beschaffungszeitpunkt von den Abnehmern – abgesehen von unvorhergesehenen Ausfällen – innerhalb produktbezogener oder technologischer Grenzen üblicherweise flexibel gewählt werden kann.

Der stärkste Schub für das Wachstum in Deutschland dürfte im ersten Quartal 2011

von den Investitionen gekommen sein. Dies lag zum Großteil an der Bauwirtschaft, welche die erheblichen witterungsbedingten Produktionsausfälle vom vorigen Dezember angesichts normaler Wetterverhältnisse in den Wintermonaten schnell aufholte und zudem von einer kräftig steigenden Nachfrage profitierte. Die Beschaffung beweglicher Anlagegüter dürfte ebenfalls weiter zugenommen haben. Der günstige Konjunkturausblick hat die meisten Unternehmen vor dem Hintergrund gut ausgelasteter Kapazitäten und reichlich vorhandener Innenfinanzierungsspielräume zu weiteren Investitionen veranlasst, auch wenn es bei größeren Anlagen und Fahrzeugen zu einer gewissen Beruhigung nach dem Auslaufen der verbesserten steuerlichen Abschreibungsbedingungen Ende 2010 gekommen ist. Überdies dürften sich im Berichtszeitraum die Lagerinvestitionen günstig entwickelt haben. Dahinter standen Ausgleichseffekte, nachdem im Herbst 2010 dämpfende Einflüsse eine Rolle gespielt hatten. So hat es damals wohl einen Vorratsabbau gerade bei fertiggestellten Investitionsgütern gegeben. Außerdem haben Vor- und Zwischenproduktlager gegen Jahresende 2010 wegen der erhöhten Produktion vor allem von Maschinen und gewerblich genutzten Kfz abgenommen, zumal Eis und Schnee auf den Transportwegen den Nachschub vielfach zum Erliegen brachten.

Die moderate Aufwärtsbewegung des privaten Verbrauchs hielt wohl nach dem Jahreswechsel 2010/2011 an. Die zunehmende Teuerung auf der Verbraucherstufe hatte für sich genommen zwar einen dämpfenden Effekt auf die Kaufkraft, die Einkommens-

*Investitionstätigkeit auch wegen Aufhol-effekten am Bau ausgesprochen rege*

*Privater Konsumverhalten zugelegt*

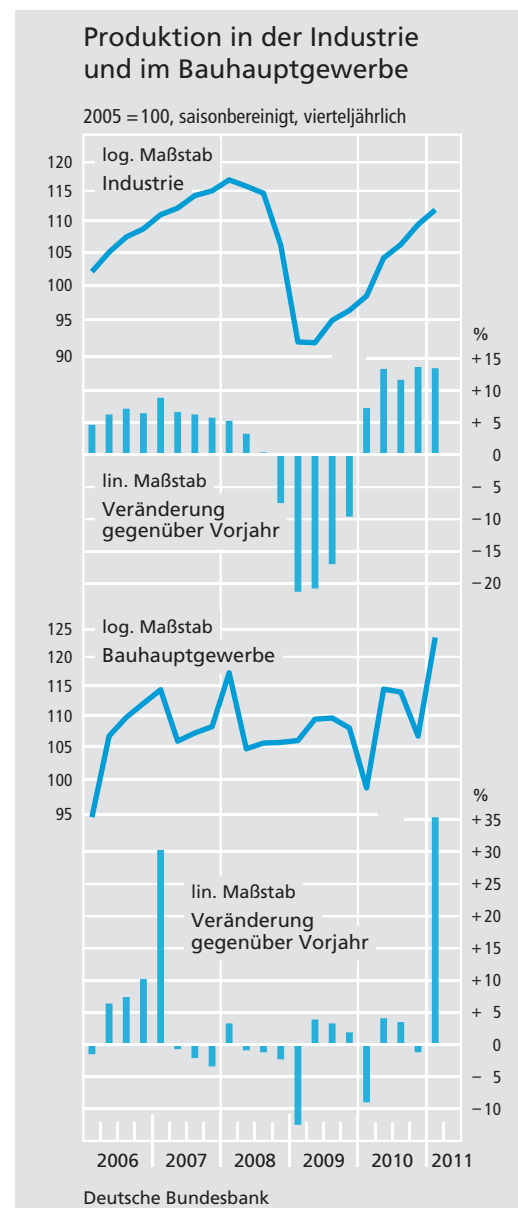
situation der Haushalte verbesserte sich jedoch durch steigende Erwerbstätigkeit sowie die anhaltende Normalisierung der Arbeitsstunden und hohe Sonderzahlungen weiter spürbar. Der Umsatz des Einzelhandels dürfte im Berichtszeitraum bei aller Unsicherheit, welche die weiterhin unbefriedigenden statistischen Angaben gegenwärtig aufweisen, gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt zugelegt haben. Hinzu kam eine Erholung des Kraftstoffverbrauchs, nachdem die Mobilität im vorigen Dezember witterungsbedingt stark eingeschränkt gewesen war. Heizöl wurde dagegen angesichts hoher Preise weit weniger nachgefragt als zu Beginn der Heizperiode. Das private Pkw-Geschäft war im Berichtszeitraum eher verhalten.

### Sektorale Tendenzen

#### *Solider Aufschwung in der Industrie*

Die Aufschwungbewegung der Industrie zeichnet sich seit Monaten durch ein solides Grundtempo aus. Im ersten Vierteljahr 2011 blieb der Zuwachs der industriellen Erzeugung mit saisonbereinigt 2 ¼% gegenüber dem Vorquartal zwar hinter der Rate vom Herbst 2010 (+3%) zurück. Dies ist aber vorwiegend als rechnerische Konsequenz gewisser Schwankungen im monatlichen Verlaufsprofil zu werten.

Nachdem die Investitionsgüterherstellung in der zweiten Hälfte des letzten Jahres eindeutig die höchste Dynamik aufgewiesen hatte, übernahm nach dem Jahreswechsel die Produktion von Vorleistungen wieder die Führungsrolle. Das Plus von mehr als 4 ½% in diesem Sektor lässt sich zum einen damit be-



gründen, dass Unternehmen die Fertigung im vorigen Dezember angesichts von Behinderungen im Warentransport zurückgefahren haben. Zum anderen spielt eine Rolle, dass Vor- und Zwischenprodukte für die im Jahreschlussquartal 2010 auf vollen Touren laufende Kfz- und Maschinenerzeugung, die im Berichtsquartal etwas gedrosselt wurde, vermehrt dem Lager entnommen worden waren. Die anschließende Rückkehr der Be-

vorratung auf Normalniveau löste einen Nachfrageschub in den vorgelagerten Wirtschaftsbereichen aus. In der Konsumgüterherstellung kam es nach einem halben Jahr ohne Produktionsfortschritt saisonbereinigt wieder zu einem spürbaren Anstieg.

*Auslastungsgrad im Verarbeitenden Gewerbe hat Normalmaß überschritten*

Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe hat im Winter 2011 weiter zugenommen. Das Aprilergebnis der Erhebungen des ifo Instituts lag sichtbar über dem langjährigen Durchschnitt, was darauf hindeutet, dass die Nutzung der industriellen Anlagen inzwischen das Normalmaß übertroffen hat. Nicht zuletzt dank des Produktionszuwachses im Berichtsquartal lag die Auslastung in der Vorleistungsgüterherstellung deutlich höher als der sektorale Mittelwert, während in der Investitionsgüterfertigung die entsprechende Referenz nicht nennenswert überschritten wurde.

*Bauproduktion auf vollen Touren*

Die Bauwirtschaft hat die ersten Monate des Jahres 2011 genutzt, Arbeiten, welche wegen des frühen und heftigen Wintereinbruchs im Dezember nicht erledigt worden waren, zügig nachzuholen. So stieg die Produktion des Bauhauptgewerbes im Berichtszeitraum saisonbereinigt um 15¾%, nachdem sie im Herbst 2010 um 6¼% gefallen war. Im Hochbau fiel das Plus trotz spürbar geringerer Einbußen im Vorquartal nur wenig schwächer als im Tiefbau aus. Dies zeigt, dass die Geschäftslage dort wegen des anziehenden Wohn- und Wirtschaftsbaus vergleichsweise günstig war. Im Tiefbau hingegen hat die Rückführung der Ausgaben für öffentliche Infrastrukturprojekte zu Buche geschlagen.

Die Aktivität im Großhandel und im Transportgewerbe hat sich nach dem Jahreswechsel 2010/2011 saisonbereinigt sichtbar erholt. Nachdem auch diese Bereiche von den widrigen Witterungsbedingungen im vorigen Dezember stark in Mitleidenschaft gezogen worden waren, spielten Nachholeffekte hierbei eine substantielle Rolle. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass die Kilometerleistung der Mautfahrzeuge im März 2011 saisonbereinigt nicht nur 6½% höher war als im sehr schwachen Dezember, sondern auch das Niveau vom Oktober und November 2010 um 2¾% übertroffen hat. In den anderen Dienstleistungsbranchen dürften sich die Geschäfte weiter positiv entwickelt haben. Dafür sprechen sowohl die laut ifo Institut im Berichtsquartal erneut angehobenen Lageeinstufungen der befragten Unternehmen als auch die anhaltende Beschäftigungsexpansion in diesen Sektoren. Nach den Befragungen des ZEW erhielt im ersten Quartal 2011 allerdings die insgesamt sehr günstige Stimmung unter den Anbietern von Informations- und Kommunikationstechnologie sowie in der Werbebranche und im Beratungsgewerbe einen Dämpfer.

*Dienstleistungsbranchen insgesamt mit Zuwachs*

## Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Belegung des Arbeitsmarktes hielt in den ersten Monaten des Jahres 2011 an. Die Zahl der im Inland erwerbstätigen Personen stieg nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt um 142 000 Personen. Gegenüber dem Durchschnitt der Herbstmonate entspricht dies einem Zuwachs um 0,3%. Wie schon im vergangenen Jahr wur-

*Kräftiger Erwerbstätigenzuwachs ...*

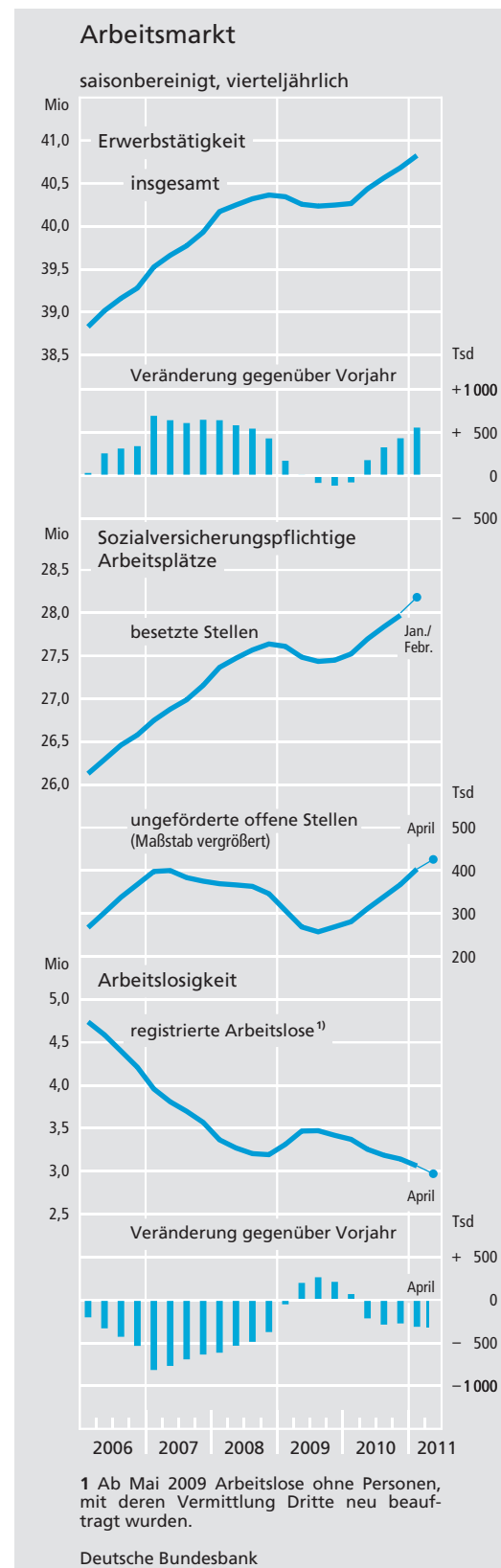
den überdurchschnittlich viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. In den ersten beiden Wintermonaten betrug das Plus in diesem Bereich 168 000 Personen oder 0,6 %. Der Umfang der Selbständigkeit stieg in saisonbereinigter Betrachtung ebenfalls, wohingegen es kaum Bewegung bei den ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gab.

*... beruht vor allem auf breit angelegtem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung*

In fast allen Branchen wurden zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Beschäftigungszuwachs zuletzt deutlich beschleunigt und ist in den ersten beiden Wintermonaten mit saisonbereinigt 34 000 Personen etwa doppelt so groß wie in den beiden vorangegangenen Quartalen ausgefallen. In der Arbeitnehmerüberlassung, deren Beschäftigte häufig in der Industrie eingesetzt werden, gab es einen Anstieg in ähnlicher Größenordnung. Überdies erhöhte sich der Personalbestand bei anderen wirtschaftlichen Dienstleistungen, im Verkehrs- und Logistikbereich, im Handel sowie im Gesundheits- und Sozialwesen.

*Beschäftigungsaufbau nimmt nunmehr auch in der Industrie Fahrt auf*

Der Beschäftigungsaufbau in der Industrie dürfte an Fahrt gewonnen haben, weil die in der Krise dort stark verminderte Arbeitszeit inzwischen knapp das Vorkrisenniveau erreicht hat. Dagegen beschäftigten die Industriesektoren den Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge im Berichtsquartal trotz spürbarer Zugewinne in den letzten Monaten noch 3 ¼ % weniger Personal als drei Jahre zuvor. Dies ist im Wesentlichen auf die Automobilbranche, den Maschinenbau sowie die Metall- und Elektroindustrie zurückzuführen.



Demnach dürfte ein beträchtliches Wieder-einstellungspotenzial bestehen, auch wenn die Beschäftigungszahlen der Jahre 2007 und 2008 wegen des fortschreitenden Strukturwandels ebenso wie angesichts der damals außergewöhnlich günstigen Branchenkonjunktur nicht unbedingt als Maßstab anzusehen sind.

*Beschleunigter Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit*

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzte sich im ersten Vierteljahr 2011 beschleunigt fort. Mit saisonbereinigt 3,06 Millionen waren 80 000 Personen weniger als arbeitslos registriert als im vierten Quartal 2010. Die Arbeitslosenquote fiel um 0,2 Prozentpunkte auf 7,3 %. Rechnerisch trug dazu ausschließlich die Verringerung der Arbeitslosigkeit aus dem Rechtskreis des SGB III (Versicherungssystem) bei, während die Zahl der Arbeitslosen aus dem Rechtskreis des SGB II (Grundsicherung) im Vergleich zum Vorquartal unverändert blieb. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die konjunkturelle Wirkung, die es auch bei den überwiegend Langzeitarbeitslosen gibt, dadurch überdeckt wurde, dass in den letzten Monaten nur noch wenige Ein-Euro-Jobs vergeben worden sind. Dieses arbeitsmarktpolitische Instrument war bereits Ende letzten Jahres eingeschränkt worden, das Tempo der Rückführung hat sich nach dem Jahreswechsel aber weiter erhöht. Im April 2011 gab es mit 135 000 Arbeitsgelegenheiten lediglich halb so viele wie ein Jahr zuvor. Da weitere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie der Beschäftigungszuschuss für Grundsicherungsbezieher, die Vermittlung durch Drittfirmen oder die Förderung der Selbständigkeit ebenfalls in erheblichem Ausmaß zurückgefahren worden sind, ist die gesamte

Unterbeschäftigung schneller als die registrierte Arbeitslosigkeit gesunken. Im ersten Quartal 2011 betrug das Minus binnen Jahresfrist dort 488 000 Personen gegenüber einem Rückgang um 312 000 in der engeren Abgrenzung. Im April 2011 sank die registrierte Arbeitslosigkeit weiter und unterschritt saisonbereinigt erstmals seit 1992 wieder die Marke von 3 Millionen. Die entsprechende Quote belief sich auf 7,1 %.

Die Frühindikatoren des Arbeitsmarktes lassen auf eine anhaltende Beschäftigungsexpansion schließen. Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich im ersten Quartal 2011 auf 437 000. Davon entfielen allein 403 000 auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze – eine Zunahme von saisonbereinigt etwa einem Zehntel gegenüber dem Vorquartal. Der überwiegende Teil dieser Vakanzen ist sofort zu besetzen. Im April lag der Wert nochmals erheblich höher. Die Stellengesuche von Zeitarbeitsfirmen dominierten zwar mit einem Anteil von mehr als zwei Fünfteln einmal mehr, allerdings nahmen auch die Vakanzen im Produzierenden Gewerbe, im Verkehrswesen sowie im Handel und den technischen und wissenschaftlichen Dienstleistungsbereichen beträchtlich zu. Das Gesundheits- und Sozialwesen suchte weiterhin Personal in großer Zahl. Da die Bundesagentur für Arbeit nur einen Teil des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots kennt, dürfte die Zahl der Jobofferter tatsächlich deutlich höher liegen. Der IAB-Umfrage zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot zufolge gab es im ersten Quartal 1,05 Millionen freie Stellen, was

*Nach wie vor sehr gute Aussichten für den Arbeitsmarkt*

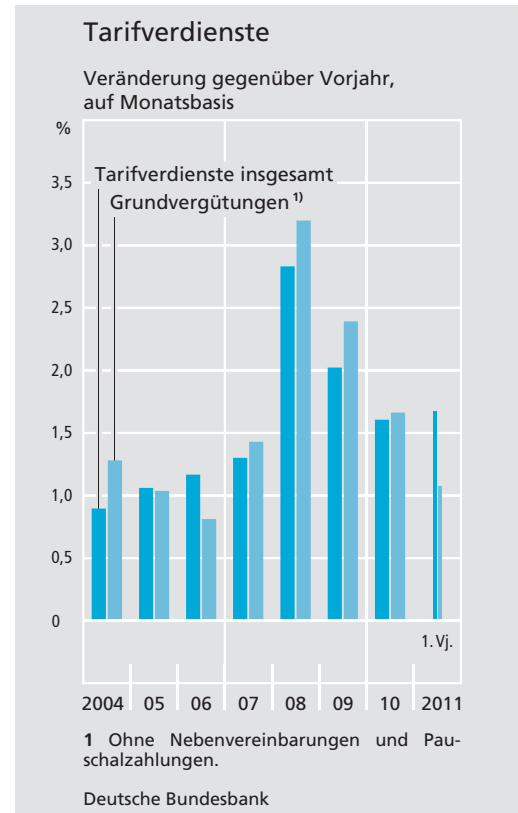


einem Zuwachs um drei Fünftel im Vorjahresvergleich entspricht. Auch das ifo Beschäftigungsbarometer, mit dem die Personalplanungen der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate gemessen werden, erreichte im Winter einen neuen Höchststand. Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe hat die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen deutlich zugenommen.

## Löhne und Preise

*Zwar signifikant höhere Lohnabschlüsse im ersten Quartal 2011 ...*

Die im ersten Quartal des laufenden Jahres abgeschlossenen Tarifverträge spiegeln mit spürbaren tabellenwirksamen Entgeltanhebungen die günstige Konjunkturlage wider. So sieht das Tarifiergebnis der Chemischen Industrie über eine Laufzeit von 15 Monaten eine Anhebung der Grundvergütungen um 4,1% ab Mai 2011 vor. Im Baugewerbe wurden schrittweise Entgelterhöhungen in einem Gesamtvolumen von 3,9% für Westdeutschland vereinbart. In Ostdeutschland liegt der Anstieg aufgrund der beabsichtigten Lohnangleichung etwas darüber. In der Textilindustrie gibt es im laufenden Jahr ein tabellenwirksames Lohnplus von 3,6%, bei der Deutschen Telekom beträgt es etwas mehr als 3%, mindestens aber 75 €. Im Öffentlichen Dienst der Länder (ohne Berlin und Hessen) einigten sich die Tarifpartner auf eine stufenweise Erhöhung der Entgelte um 1,5% ab April 2011 und um weitere 1,9% zuzüglich eines Sockelbetrages von 17 € ab Januar 2012.<sup>1)</sup> Hinzu kommen in mehreren Branchen Einmalzahlungen mehr oder weniger größeren Umfangs.

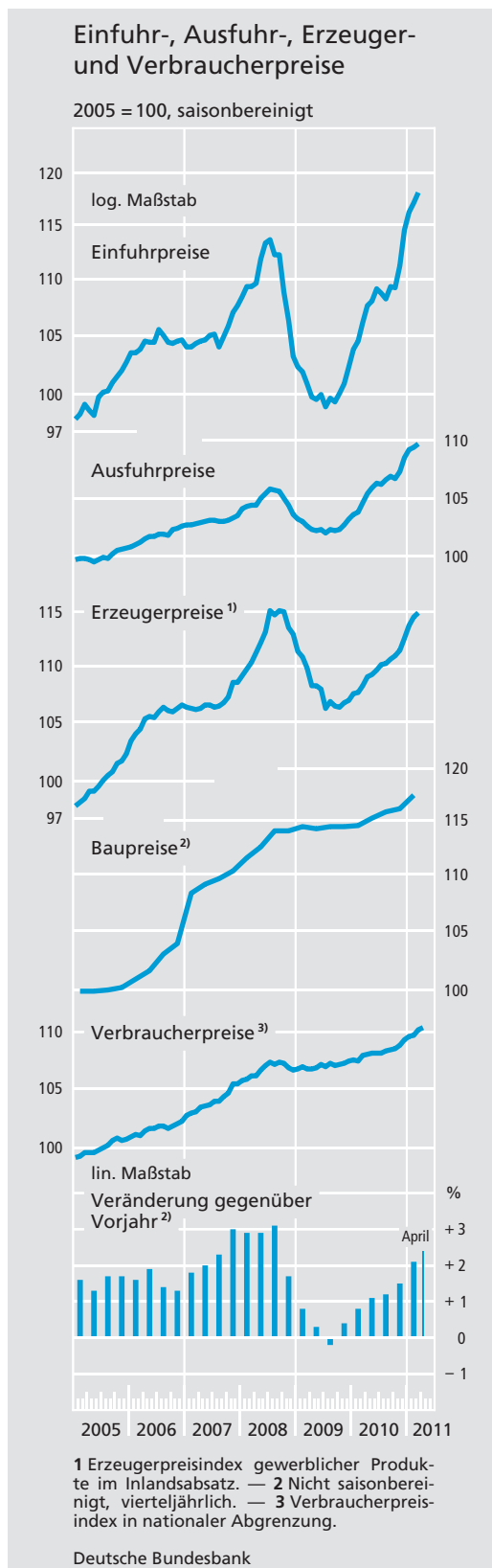


Die neuen Abschlüsse wirken sich substantiell erst ab dem zweiten Quartal 2011 auf das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Tarifentgelte aus. Die Grunddynamik der Löhne wird sich daher in den nächsten Monaten erkennbar beschleunigen. Im Berichtszeitraum sind die tariflich vereinbarten Vergütungen der Statistik der Bundesbank zufolge mit 1,7% gegenüber dem Vorjahr nur etwas stärker als im vierten Quartal 2010 (+ 1,5%) gestiegen.<sup>2)</sup> Die Effektivverdienste dürften sich im ersten Vierteljahr 2011 aufgrund der Normalisierung der Regelarbeitszeiten und der Gewährung

*... aber zunächst nur geringfügig stärkerer Tariflohnanstieg*

<sup>1</sup> Der Abschluss wird in der Regel auch auf die Beamten der Länder und der Gemeinden übertragen.

<sup>2</sup> Das Statistische Bundesamt, das die Beamten in seinen Tarifindex unberücksichtigt lässt, meldet für die tariflichen Grundvergütungen einen Anstieg von 0,9%, im Unterschied zu 1,1% nach der Tarifverdienststatistik der Bundesbank.



von Prämien- und Bonuszahlungen erheblich stärker als die Tarifentgelte erhöht haben.

Die Einführung weiterer sektoraler Lohnuntergrenzen ist in nächster Zeit geplant. Angesichts der Gewährung der vollen EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit seit dem 1. Mai 2011<sup>3)</sup> war es den Tarifparteien ein Anliegen, branchenweit verpflichtende Mindestlöhne für die Zeitarbeit in Kraft zu setzen. Dazu wurden die Voraussetzungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zwar geschaffen, die entsprechende Rechtsverordnung stand bei Abschluss des Berichts jedoch noch aus. Daneben werden die nach Bundesländern variierenden Mindestlöhne im Wach- und Sicherheitsgewerbe zum 1. Juni 2011 für allgemein verbindlich erklärt.

*Ausweitung  
branchen-  
spezifischer  
Mindestlöhne  
im Frühjahr  
2011*

Der im Wesentlichen von den internationalen Rohwarenmärkten ausgehende Preisanstieg hat sich in den ersten Monaten des Jahres 2011 fortgesetzt. Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Einfuhrpreisen, die im Vergleich zum Vorzeitraum saisonbereinigt um beinahe 5 % zunahmen. Energie machte mit einem Anstieg von mehr als 17 % rechnerisch allein rund die Hälfte der Gesamtteuerung aus. Auch die Preise von Vorleistungsgütern, die häufig einen hohen Rohwarenanteil aufweisen, stiegen mit 4,3 % kräftig an. Das Plus bei Konsumgütern war mit 1,4 % zwar noch vergleichsweise moderat, gleichwohl aber erheblich höher als in den beiden Quartalen zuvor. Unmittelbar für die Verbraucherpreise im Inland ist dabei der starke Anstieg der Preise

*Deutlicher  
Anstieg der  
Importpreise ...*

<sup>3</sup> Mit Ausnahme Rumäniens und Bulgariens, für die die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU spätestens ab 1. Januar 2014 gilt.

von importierten Nahrungs- und Genussmitteln von Bedeutung. Die Preise von Investitionsgütern blieben unverändert. Im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 2010 verteuerten sich Einfuhren um beinahe 12 %.

*... der  
Absatzpreise  
der Industrie, ...*

Wie schon im Herbst 2010 findet sich dieses Muster in – wegen einer geringeren Bedeutung von Mineralölprodukten – abgeschwächter Form auch bei den Absatzpreisen der deutschen Industrie wieder. Im Auslandsabsatz fiel die Preissteigerung saisonbereinigt mit 1,8 % gegenüber dem Vorzeitraum aus dem gleichen Grund niedriger aus als im Inlandsabsatz mit 2,5 %. Ohne Energie gerechnet waren die Unterschiede deutlich geringer. Im Vorjahrsvergleich konnten die Unternehmen im Inland um 6,1 % höhere Preise erzielen, im Ausland um 5,3 %. Nachdem der Vor- und Krisenstand bei den Ausfuhrpreisen bereits seit einiger Zeit und bei den Einfuhren im Berichtszeitraum deutlich überschritten wurde, wurde er im Inland im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung jetzt auch knapp erreicht. Aufgrund des Überschießens der Einfuhrpreise verschlechterte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis im Warenhandel erheblich.

*... der Bau- und  
Immobilien-  
preise ...*

Der Preisschub bei Rohstoffen dürfte neben der lebhaften Baukonjunktur der wichtigste Grund für den kräftigen Zuwachs der Baupreise um nicht weniger als 1,1 % gegenüber dem Vorquartal gewesen sein. Ihren Vorjahrsstand übertrafen sie damit um 2,5 %. Auch der Immobilienpreisanstieg setzte sich fort. Den Berechnungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken zufolge erhöhten sich die Preise für selbstgenutztes Wohneigentum

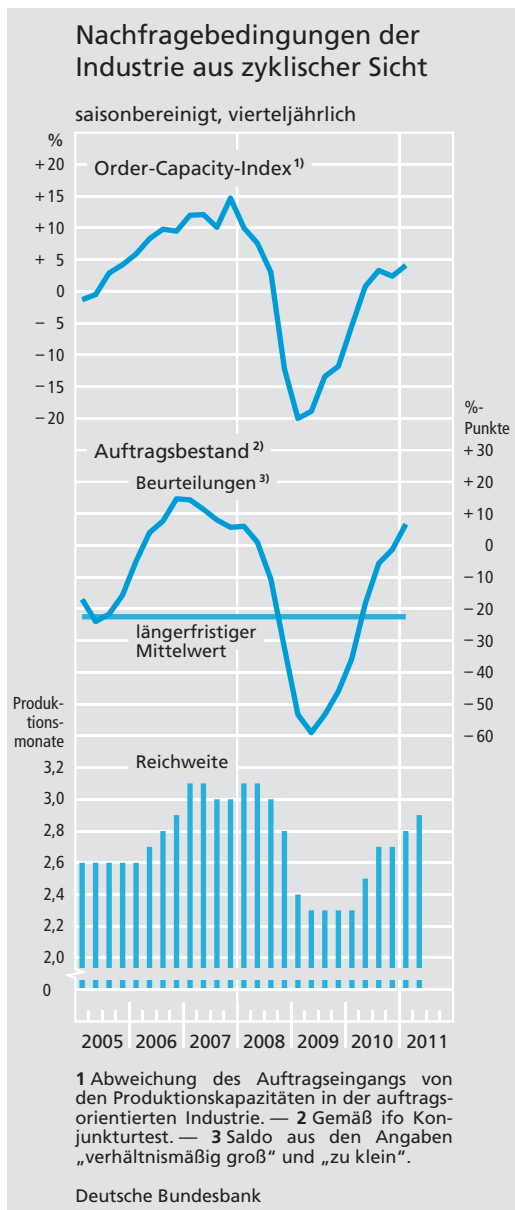
gegenüber dem letzten Vierteljahr 2010 um 0,6 % und gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrszeitraum um 3,1 %.

Die stark gestiegenen Rohölnotierungen wirkten sich unmittelbar auf die Verbraucherpreise für Benzin, Diesel und Heizöl aus. Mineralölprodukte verteuerten sich saisonbereinigt um gut 8 % gegenüber dem Vorzeitraum, nachdem es im Herbst bereits einen Anstieg um knapp 7 % gegeben hatte. Davon abgesehen verlief die Preisentwicklung zwar im Großen und Ganzen in ruhigen Bahnen. Es zeigt sich aber deutlich eine langsame, wenn auch nicht immer kontinuierliche Verstärkung des Preisauftriebs bei den in größerem Maß durch inländische Angebots- und Nachfragebedingungen beeinflussten Komponenten. Dies gilt gleichermaßen für Wohnungsmieten wie für Dienstleistungen und andere Waren (ohne Nahrungsmittel und Energie). Bei Nahrungsmitteln gingen von den Weltmärkten Preisimpulse vor allem bei einigen Molkereiprodukten und Kaffee aus, die durch eine günstige Entwicklung bei saisonalen Nahrungsmitteln beinahe ausgeglichen wurden. Im Quartalsmittel belief sich der Vorjahrsabstand der Verbraucherpreise insgesamt auf 2,1 %, nach 1,5 % im Quartal zuvor. Ohne Energie waren es 1,1 %.

*... sowie der  
Verbraucher-  
preise*

Im April 2011 zog die Jahresteuersatzrate auf der Verbraucherstufe unter anderem bedingt durch einen weiteren Anstieg der Rohölnotierungen nochmals an, und zwar in der nationalen Abgrenzung auf 2,4 % und nach dem harmonisierten Verbraucherpreisindex auf 2,7 %. Der Vorjahrsabstand des Verbraucherpreisindex ohne Energie erhöhte sich auf

*Ausblick*



1,5%, wozu der späte Ostertermin beitrug. Für die Preisentwicklung in den kommenden Monaten wird von entscheidender Bedeutung sein, ob die Anfang Mai eingeleiteten scharfen Korrekturen an den internationalen Rohwarenmärkten eine dauerhafte Niveaushiftung darstellen. Eine solche würde den Verbrauchern bei Energie und mit Einschränkungen auch bei Nahrungsmitteln

recht zügig zugutekommen und den Aufwärtstrend der Verbraucherpreise abflachen.

## Auftragslage und Perspektiven

Der in Gang gekommene und an Breite gewinnende Aufschwung könnte die Wirtschaftsaktivität in Deutschland über längere Zeit tragen. Dafür sprechen die günstigen externen wie internen Rahmenbedingungen. Die Wachstumschancen, die aus einer zunehmenden Migration nach Deutschland erwachsen, könnten hieran einen Anteil haben (vgl. dazu die Erläuterungen auf den S. 60 f.). Dass die von der Binnennachfrage ausgehenden Verstetigungstendenzen voll zur Entfaltung kommen, setzt allerdings ein spannungsfreies Umfeld voraus. Risiken bestehen diesbezüglich auch deshalb, weil die Konjunktur bislang in einem gegenüber der vorherigen Erholungsphase kaum verminderten Tempo den Korridor der Normalauslastung zu durchlaufen scheint und sowohl die Geschäftserwartungen der Firmen als auch die Konjunktur- und Einkommensperspektiven der Verbraucher ungewöhnlich früh in diesem Zyklus Spitzenwerte erreicht haben. Hinzu kommt die deutliche Eintrübung des Preisklimas.

*Chancen für einen längerfristigen Aufschwung*

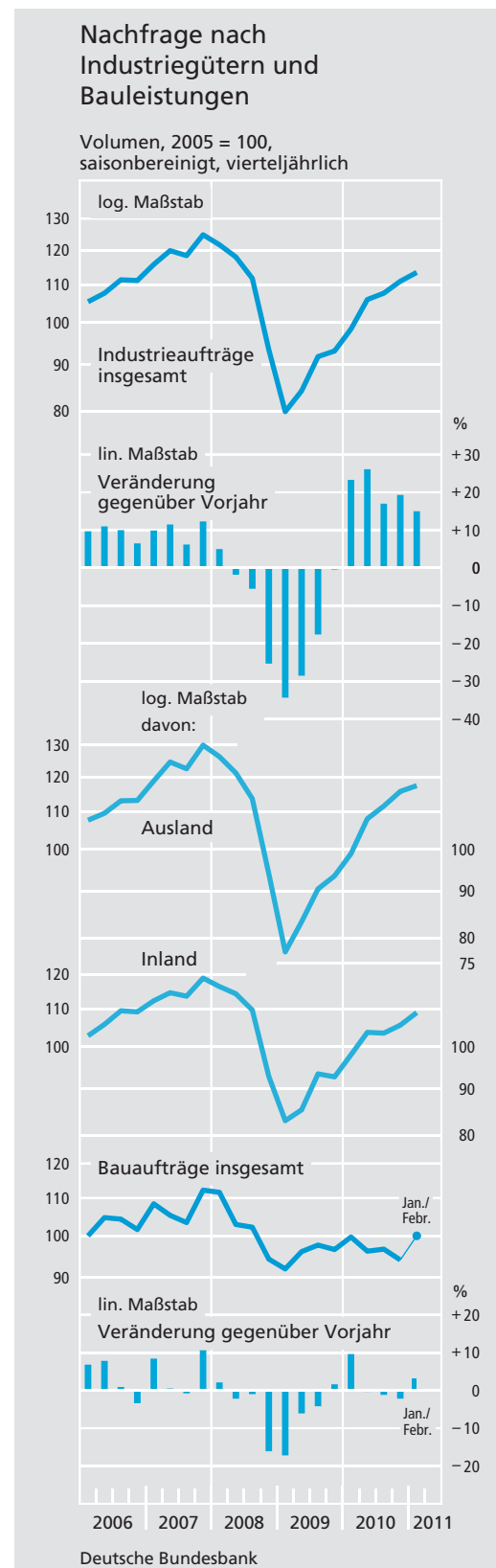
Während sich die Lageeinstufungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes den ifo Konjunkturumfragen zufolge nach dem Jahreswechsel 2010/2011 weiter verbesserten, wurde die Erwartungskomponente etwas zurückgenommen. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass nach dem fulminanten Start in das Jahr 2011 für die kom-

*Warenbestellungen mit weiterem Zuwachs ...*

mende Zeit eine Beruhigung der Geschäfte erwartet wird. Hinzu kommt, dass die Ereignisse in Japan die Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung vergrößert haben, was auch zu einer gewissen Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe beigetragen haben könnte, die im März saisonbereinigt deutlich schwächer ausfiel als in den beiden Vormonaten. Insgesamt gingen im ersten Vierteljahr 2011 in der Industrie saisonbereinigt 2 ½ % mehr Bestellungen ein als im Vorquartal, zu dessen gutem Ergebnis (+3 %) besonders viele umfangreiche Großaufträge beigetragen hatten.

... und breit  
gefächert ...

Im Berichtszeitraum war der Auftragsfluss breit angelegt. Im Investitionsgüterbereich wurde das durch Sondereffekte bereits erhöhte Ordervolumen des Vorquartals saisonbereinigt um 1 % übertroffen. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern expandierte erstmals seit dem vergangenen Frühjahr beträchtlich (+4 ½ %). Im Konsumgütersegment war das Plus mit 1 ¼ % genauso stark wie im Herbst 2010. Auch in regionaler Hinsicht stellte sich der Auftragsfluss ausgeglichener dar als im Vorquartal. So verbuchte die Industrie nicht nur erneut beträchtlich mehr Aufträge von inländischen Kunden. Nach einer mehrmonatigen stagnativen Phase nahmen auch die Orders aus den Partnerländern des Euro-Raums wieder deutlich zu, wobei auch einige Großaufträge von Bedeutung waren. Aus Drittländern kamen im Berichtszeitraum etwas weniger Bestellungen, was sich allerdings angesichts der ausgesprochen kräftigen Zunahme von fast 10 % im Vorquartal relativiert.



## Zu den möglichen Wachstumseffekten einer verstärkten Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern

Seit Anfang Mai genießen Arbeitnehmer der acht mittel- und osteuropäischen Staaten, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind (EU-8), die volle Freizügigkeit innerhalb der Union.<sup>1)</sup> In der Folgezeit könnte sich die Zuwanderung aus diesen Ländern insbesondere nach Deutschland und Österreich, die bis zuletzt an der Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-8 festgehalten haben, deutlich verstärken.<sup>2)</sup> Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen nach den Größenordnungen der zu erwartenden Wanderungsbewegungen und deren makroökonomischen Auswirkungen, und zwar sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die Herkunftsländer.

In den Jahren 2004 bis 2010 sind per saldo schätzungsweise 1½ Millionen Personen von den EU-8 in die alten EU-Mitgliedsländer (EU-15) gewandert. Die meisten Auswanderer kamen aus Polen, dem bevölkerungsreichsten neuen Mitgliedsland, in dem traditionell die Mobilität relativ hoch ist. Die Migranten aus den EU-8 konzentrierten sich auf Staaten wie Großbritannien und Irland, die angesichts einer zeitweise sehr lebhaften Arbeitsnachfrage ihre Arbeitsmärkte frühzeitig geöffnet hatten. Infolgedessen zog Deutschland von 2004 bis 2010 lediglich knapp ein Zehntel des Wanderungsstromes aus den EU-8 auf sich,<sup>3)</sup> während etwa die Hälfte der Nettozuwanderung Großbritannien zugute kam. Nach der Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Personen aus den EU-8-Staaten durch Deutschland und Österreich erscheint nun eine Neuausrichtung der Migrationsströme wahrscheinlich, und zwar auch deshalb, weil die Konjunktur in diesen Ländern deutlich besser läuft als in den Staaten, die vor der Krise die Hauptaufnahmeländer waren.

Die aktuellen Prognosen der Wanderungsbewegungen aus den EU-8 nach Deutschland liegen zum Teil recht weit auseinander. So rechnet die Europäische Kommission nach jüngsten Presseberichten mit etwa 100 000 Migranten pro Jahr aus dieser Region. Die Bundesagentur für Arbeit und das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) erwarten jährlich bis zu 140 000 Zuwanderer von dort.<sup>4)</sup> In einer kürzlich vorgelegten Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) wird

die auf Deutschland ausgerichtete Migration aus diesen Ländern für die nächsten Jahre höher veranschlagt.<sup>5)</sup>

Im Folgenden werden anhand von drei Szenarien für die Zuwanderung aus den EU-8 nach Deutschland die möglichen Wirkungen auf das mittelfristige Wachstumspotenzial in Deutschland analysiert. Vergleichsmaßstab ist dabei der (hypothetische) Pfad des Produktionspotenzials, der sich ergeben würde, wenn sich die grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen künftig – wie im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009 geschehen – praktisch ausgleichen würden.<sup>6)</sup> In diesem Fall ist ein wichtiger Bestandteil des makroökonomischen Bildes, dass der gegenwärtig sehr hohe Arbeitskräftebedarf durch die im Inland verfügbaren Reserven wohl nur unzureichend gedeckt wird und infolgedessen zusätzlicher Lohn- und Preisdruck entstehen könnte. Die Ertragsausichten der Unternehmen erhielten einen Dämpfer, und die Sachkapitalbildung ginge schleppender voran.

Die hier dokumentierten Abschätzungen sind mit großer Unsicherheit behaftet. Momentan lässt sich das Ausmaß der Nettozuwanderung nur grob beziffern. Es liegen zudem kaum Anhaltspunkte über die Qualifikation der potenziellen Migranten und ihre Beziehung zum inländischen Arbeitskräftepool vor.

Das Hauptszenario unterstellt als mittlere der hier betrachteten Varianten eine jährliche Nettozuwanderung von 100 000 Personen aus den EU-8 in diesem und den kommenden zwei Jahren. Es liegt nahe anzunehmen, dass dieser Zustrom nicht zuletzt auf die inländische Sogwirkung zurückzuführen ist und somit primär aus Arbeitswilligen besteht. Die strukturelle Arbeitslosigkeit und die Löhne würden sich in Deutschland folglich weitgehend entlang der bisher angelegten Pfade entwickeln. Entsprechend verbreitert sich das Arbeitsangebot, und das Produktionspotenzial läge allein dadurch bis 2013 schätzungsweise um 0,4 % über dem Referenzpfad. Darüber hinaus passt sich – üblicherweise mit einer gewissen Verzögerung – der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock an. Aus produktionstechnischer Sicht sind Kapazitätseffekte zu veranschlagen. Hinzu kommen aber auch Impulse für

Mehr Chancen als Risiken für Deutschland, IAB Kurzbericht 10/2011, insbesondere Tabelle 1. — 4 Vgl. Presseberichte von Ende April und die Presseinformation des IAB vom 29. April 2011. — 5 In der Untersuchung des IW, die auf Befragungen in den EU-8 basiert, wird ein Netto-Zuwanderungspotenzial in den Jahren 2011 und 2012 von insgesamt etwa 800 000 Personen vorausgeschätzt, das als Obergrenze zu verstehen ist. Das IW weist allerdings darauf hin, dass die Befragungen nur Absichten wiedergeben und dass ein Teil der befragten Personen ihre Absichten üblicherweise nicht realisiert. Vgl.:

1 Für Arbeitnehmer aus den 2007 beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien wird die volle Freizügigkeit spätestens am 1. Januar 2014 wirksam. — 2 Zudem beschränkten beide Länder während der Übergangszeit auch die Dienstleistungsfreiheit für bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten, etwa im Bausektor. Auf der anderen Seite gab es jedoch zumindest in Deutschland Ausnahmeregelungen für einzelne Personengruppen. Vgl. dazu: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2010/2011, S. 292. — 3 Vgl. dazu: T. Baas und H. Brücker (2011),

den Wohnungsbau. Rechnerisch beliefe sich dieser indirekte Effekt auf rund 0,3 %. Die Gesamtwirkung auf das Produktionspotenzial, die sich allerdings erst nach 2013 voll entfaltet haben dürfte, würde sich demnach auf ein Plus von 0,7 % bemessen.

Eine „vorsichtige“ Variante geht für die Jahre 2011 bis 2013 von einer Zuwanderung von etwa 50 000 EU-8-Bürgern pro Jahr aus. Dabei wird vermutet, dass mit der starken Wanderung in den Jahren vor der Krise bereits ein großer Teil der migrationswilligen Personen in Mittel- und Osteuropa ihre Absichten realisiert hat und sich zahlreiche Migranten aus den EU-8 schon als Selbständige in Deutschland niedergelassen haben<sup>7)</sup> oder in der Schattenwirtschaft arbeiten. Diese Gruppe könnte nun zwar ihren Status ändern beziehungsweise legalisieren, das tatsächliche Arbeitsangebot in Deutschland würde dadurch aber nicht steigen. Verglichen mit dem Hauptszenario käme es zwar zu einer stärkeren Rückführung der strukturellen Arbeitslosigkeit, der moderierende Einfluss der Zuwanderung auf die Lohn- und Preisbildung hielte sich jedoch in Grenzen. Der mittelfristige Gesamteffekt auf das Produktionspotenzial läge in der „vorsichtigen“ Variante bei 0,4 %.

Das Szenario mit vergleichsweise hoher Zuwanderung unterstellt einen Nettozugang von 200 000 Personen pro Jahr aus den EU-8. Dieser Schub würde kurzfristig zu einer stärkeren Konkurrenz um offene Stellen führen, so dass die Zahl der Erwerbslosen zunächst weniger stark als im Hauptszenario sinken dürfte. Allerdings würde sich das Risiko, dass der Lohnzuwachs von Knappheiten des Arbeitsangebots getrieben würde, erheblich verringern. Unter der plausiblen Annahme, dass eine bedarfsgerechte Zuwanderung über Komplementaritätsbeziehungen gerade den Problemgruppen am hiesigen Arbeitsmarkt zugute kommt, wäre aber die Gefahr persistenter Verdrängungswirkungen begrenzt. Überdies könnte der insgesamt erhöhte Beschäftigungsgrad im Verein mit der dadurch induzierten zusätzlichen Güternachfrage Anlass für vermehrte Investitionen und weitere Arbeitsnachfrageimpulse in zahlreichen Wirtschaftsbereichen sein. Unter diesen Bedingungen legen die Schät-

Institut der Deutschen Wirtschaft, Migrations- und Arbeitsmarktwirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit, April 2011, insbesondere S. 13. — <sup>6</sup> Einer aktuellen Meldung des Statistischen Bundesamtes zufolge gab es 2010 in Deutschland einen Wanderungsüberschuss von 128 000 Personen. Das stärkste Plus seit 2003 belegt, dass Deutschland wieder vermehrt Ziel von Migrationsbewegungen ist. — <sup>7</sup> Selbständige aus einem Mitgliedstaat der EU können sich überall in der Union niederlassen und ihrer Tätigkeit nachgehen (Niederlassungsfreiheit).

zungen einen mittelfristigen Gesamteffekt von 1,2 % auf das Produktionspotenzial nahe.

Für die Herkunftsländer bedeuten die hier betrachteten Wanderungsszenarien zweifelsohne einen Aderlass an Humankapital, der isoliert betrachtet Wachstumseinbußen mit sich bringen dürfte.<sup>8)</sup> Da die Prozesse aber auf ökonomischen Anreizwirkungen beruhen, sind mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt als Ganzes Effizienzgewinne wahrscheinlich und somit die Wachstumschancen höher. Außerdem könnte der Migration in den nächsten Jahren eine größere Bedeutung beim konjunkturellen Ausgleich innerhalb Europas zukommen. Dabei können sich, wie das Beispiel Deutschland zeigt, die Rollen einzelner Mitgliedsländer durchaus verändern. Suchten im vergangenen Jahrzehnt viele Erwerbspersonen insbesondere aus Ostdeutschland Arbeit im europäischen Ausland, etwa im Tourismusgewerbe des deutschsprachigen Alpenraums und im schweizerischen Gesundheitswesen, so wächst derzeit hierzulande wieder der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften. Umgekehrt hat sich etwa Irland aufgrund der Krise innerhalb kurzer Zeit von einem Einwanderungsland wieder zu einem Auswanderungsland gewandelt. Denkbar ist auch, dass die Emigration aus den südlichen Mitgliedsländern, die momentan eine schwierige Anpassungsphase durchlaufen, wieder zunimmt, nachdem sie in den neunziger Jahren und im letzten Jahrzehnt weitgehend zum Erliegen gekommen war.

Im Grunde sind Wanderungsbewegungen innerhalb eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes eine normale und aus ökonomischer Sicht wünschenswerte Erscheinung. In den USA sind solche Binnenwanderungen schon seit Langem deutlich stärker ausgeprägt als in Europa, was wahrscheinlich zum Teil an den fehlenden Sprachbarrieren liegt. Durch eine Zunahme der Migration innerhalb des Euro-Raums könnten sich die Arbeitsmarktunterschiede zwischen den Ländern abbauen, was die von den Löhnen zu tragende Anpassungslast verringert und der Geldpolitik ihre Hauptaufgabe erleichtert, die Preisstabilität zu wahren.

Sie müssen allerdings die Qualifikationsanforderungen erfüllen, die im Land der Niederlassung an ihren Berufsstand gestellt werden. Die in Deutschland arbeitenden selbständigen polnischen Handwerker stehen bereits dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung und sind in der offiziellen Statistik als Migranten erfasst. — <sup>8</sup> Vgl. im Folgenden: R. Barrell, J. Fitzgerald und R. Riley (2010), EU Enlargement and Migration: Assessing the Macroeconomic Impacts, *Journal of Common Market Studies*, Vol. 48, S. 373–395.



*... sowie  
inzwischen  
auch wieder  
substanzielle  
Auftragspolster*

Gemäß dem Order-Capacity-Index übertrafen die Bestellungen im ersten Quartal 2011 die Produktionskapazitäten der auftragsbezogenen Industrie um gut 4 %. Aber es ist nicht allein der hohe laufende Ordereingang, der die Nachfragebedingungen prägt. Inzwischen stuft das Verarbeitende Gewerbe den Auftragsbestand wieder so günstig ein wie im ersten Quartal 2008 unmittelbar vor dem krisenbedingten Einbruch. Die Reichweite der unerledigten Bestellungen hat mit knapp drei Produktionsmonaten im Berichtszeitraum überdies einen für Boomphasen typischen Wert erreicht.

*Kräftiges  
Nachfrageplus  
im Baugewerbe*

Die Perspektiven der Bauwirtschaft haben sich seit Jahresbeginn 2011 deutlich verbessert. Der starke Auftragszuwachs, den das Bauhauptgewerbe in den ersten beiden Wintermonaten verzeichnete (+6 ¼ %), ist zwar teilweise auf das witterungsbedingt gedrückte Vorquartalsniveau zurückzuführen. Entscheidender ist allerdings, dass die Nachfrage nach neuen Wohnungen ebenso wie nach gewerblichen Hochbauten sprunghaft gestiegen ist. Gewerbliche Auftraggeber vergaben im Januar und Februar 2011 – aktuellere Angaben liegen derzeit nicht vor – saisonbereinigt knapp ein Fünftel mehr Aufträge als im vorigen Herbst, was angesichts der in zahlreichen Wirtschaftsbereichen geplanten Kapazitätserweiterungen mit einem erhöhten Bedarf an Werkshallen und Bürogebäuden zusammenhängen dürfte. Die Belegung des Wohnungsbaus ist in Stärke und Struktur ebenfalls bemerkenswert. Das Auftragsvolu-

men lag in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres saisonbereinigt knapp 8 % über dem Durchschnitt des Vorquartals. Der Hauptimpuls dürfte wie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres vom Geschosswohnungsbau gekommen sein. Dies steht im Einklang mit dem Befund, dass die Immobilienpreise vor allem in den großen Städten deutlich angezogen haben.

Die Stimmung der Verbraucher ist zwar weiterhin alles in allem gut. Gleichwohl realisieren die Arbeitnehmer immer mehr, dass ein erheblicher Teil der vereinbarten Entgeltzuwächse durch die steigende Teuerung aufgezehrt werden könnte. Obgleich hiervon für sich genommen dämpfende Effekte auf das Konsumklima ausgehen, verharrte die Anschaffungsneigung im expansiven Bereich. Dies spricht dafür, dass vor allem die günstigen Beschäftigungsperspektiven gegenwärtig die Stimmungslage der Verbraucher prägen. Der private Konsum könnte daher seine verhaltene Aufwärtsentwicklung in den kommenden Monaten fortsetzen.

Der sehr kräftige BIP-Zuwachs im ersten Quartal 2011 ist einerseits als Beleg für die robuste Aufwärtstendenz der deutschen Wirtschaft zu werten. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass das Produktionsplus von Sondereffekten geprägt war. Angesichts der bereits erreichten hohen Auslastung der Wirtschaft ist eine Verlangsamung der konjunkturellen Gangart wahrscheinlich.

*Privater  
Verbrauch im  
Zeichen von  
Teuerungstendenzen*

*Solider  
Wachstumspfad  
trotz  
gewisser  
Beruhigung*